
Annex

1. „Veefald“-Urteil Zum Beitrag von Waltraud Hakenberg (Seite 65)	154
2. „Small Business Liability Reform Act“ Zum Beitrag von Joseph J. Darby (Seite 105)	163
3. „Workplace Goods Job Growth and Competitiveness Act“ Zum Beitrag von Joseph J. Darby (Seite 105)	176
4. Schriftenverzeichnis von Prof. Dr. Hans Claudius Taschner	179

1. „Veedefald“-Urteil

EuGH (Fünfte Kammer), Urteil vom 10. Mai 2001 in der Rechtssache C 203/99 (Henning Veedefald gegen Århus Amtskommune)

1. Ein fehlerhaftes Produkt ist im Sinne des Artikels 7 Buchstabe a der Richtlinie 85/374/EG vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte in den Verkehr gebracht worden, wenn es im Rahmen einer konkreten medizinischen Dienstleistung verwendet wurde, die in der Vorbereitung eines menschlichen Organs für die Transplantation bestand, und der Schaden im Zuge dieser Vorbereitung eingetreten ist.

2. Die Haftungsbefreiung nach Artikel 7 Buchstabe c der Richtlinie 85/374 wegen Fehlens einer Tätigkeit mit wirtschaftlichem Zweck oder einer beruflichen Tätigkeit greift nicht ein, wenn das fehlerhafte Produkt im Rahmen einer konkreten, vollständig aus öffentlichen Mitteln finanzierten und für den Patienten unentgeltlichen medizinischen Leistung hergestellt und verwendet wurde.

3. Artikel 9 der Richtlinie 85/374 ist dahin auszulegen, dass ein Mitgliedstaat, abgesehen vom immateriellen Schaden, dessen Ersatz sich ausschließlich nach dem Recht der Mitgliedstaaten richtet, und von den Ausnahmen, die diese Vorschrift hinsichtlich der Sachschäden vorsieht, die Arten des zu ersetzenden materiellen Schadens, der durch Tod oder Körperverletzungen verursacht wird oder sich aus der Beschädigung oder Zerstörung einer Sache ergibt, nicht einschränken darf.

4. Das innerstaatliche Gericht hat nach der Richtlinie 85/374 zu prüfen, unter welche Schadensart der Sachverhalt des Ausgangsverfahrens zu subsumieren ist, d.h., ob der entstandene Schaden unter Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a oder Buchstabe b der Richtlinie 85/374 fällt oder ob es sich um einen immateriellen Schaden handelt, der möglicherweise vom innerstaatlichen Recht erfasst wird. Es kann jedoch nicht jede Schadensersatzpflicht aufgrund der Richtlinie mit der Begründung verneinen, dass, obwohl die übrigen Haftungs Voraussetzungen erfüllt sind, der entstandene Schaden unter keine der genannten Schadensarten fällt.

Leitsätze

1. Das Højesteret hat dem Gerichtshof mit Beschluss vom 21. Mai 1999, beim Gerichtshof eingegangen am 26. Mai 1999, gemäß Artikel 234 EG fünf Fragen nach der Auslegung der Artikel 7 Buchstaben a und c und 9 Absatz 1 Buchstaben a und b der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (ABl. Nr. L 210, S. 29, im Folgenden: Richtlinie) zur Vorabentscheidung vorgelegt.
2. Diese Fragen stellen sich in einem Rechtsstreit zwischen dem Kläger des Ausgangsverfahrens Henning Veedfald (Kläger) und der im Ausgangsverfahren beklagten Århus Amtskommune (Beklagte) wegen deren Weigerung, dem Kläger wegen des fehlgeschlagenen Versuchs einer Nierentransplantation in einem der Beklagten gehörenden Krankenhaus Schadensersatz zu leisten.

Das Gemeinschaftsrecht

3. In Artikel 1 der Richtlinie wird der Grundsatz der Haftung des Herstellers für den Schaden, der durch einen Fehler seines Produkts verursacht worden ist, aufgestellt. Haftungsbefreiungen sind in Artikel 7 der Richtlinie vorgesehen, wo es heißt:

„Der Hersteller haftet aufgrund dieser Richtlinie nicht, wenn er beweist,

 - a) dass er das Produkt nicht in den Verkehr gebracht hat;

[...]

 - c) dass er das Produkt weder für den Verkauf oder eine andere Form des Vertriebs mit wirtschaftlichem Zweck hergestellt noch im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hergestellt oder vertrieben hat;

[...]“
4. Artikel 9 der Richtlinie bestimmt:

„Der Begriff ‘Schaden’ im Sinne des Artikels 1 umfasst

 - a) den durch Tod und Körperverletzungen verursachten Schaden;
 - b) die Beschädigung oder Zerstörung einer anderen Sache als des fehlerhaften Produktes – bei einer Selbstbeteiligung von 500 ECU –, sofern diese Sache
 - i) von einer Art ist, wie sie gewöhnlich für den privaten Ge- oder Verbrauch bestimmt ist, und
 - ii) von dem Geschädigten hauptsächlich zum privaten Ge- oder Verbrauch verwendet worden ist.

Dieser Artikel berührt nicht die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend immaterielle Schäden.“

Das dänische Recht

5. Die Richtlinie wurde durch das Lov nr. 371 om produktansvar (Gesetz über die Produkthaftung) vom 7. Juni 1989 in das dänische Recht umgesetzt. § 2 dieses Gesetzes lautet:

„1. Dieses Gesetz regelt den Schadensersatz bei Personenschäden und bei Verlust eines Unterhaltspflichtigen. Es regelt außerdem den Schadensersatz bei Sachschäden in den in Absatz 2 genannten Fällen.

2. Sachschäden fallen unter dieses Gesetz, wenn der betreffende Gegenstand seiner Art nach gewöhnlich zum nichterwerbsmäßigen Gebrauch bestimmt ist und vom Geschädigten hauptsächlich entsprechend benutzt wird. Das Gesetz erfasst nicht eine Beschädigung des fehlerhaften Produkts selbst.“

6. § 7 des Lov nr. 371 bestimmt:

„Der Hersteller haftet nicht, wenn er beweist,

1) dass er das Produkt nicht in den Verkehr gebracht hat [oder]

2) dass das Produkt nicht von ihm im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit hergestellt, hervorgebracht, eingesammelt oder in den Verkehr gebracht worden ist;“

Der Ausgangsrechtsstreit und die Vorabentscheidungsfragen

7. Dem Vorlagebeschluss zufolge sollte der Kläger sich am 21. November 1990 im Krankenhaus Skejby einer Nierentransplantation unterziehen. Die Niere wurde dem Spender, dem Bruder des Klägers, entnommen und für die Transplantation vorbereitet, indem sie mit einer dazu bestimmten Perfusionsflüssigkeit durchgespült wurde.
8. Diese Flüssigkeit war fehlerhaft mit der Folge, dass eine Arteriole der Niere während des Spülvorgangs verstopft wurde und die Niere nicht mehr für eine Transplantation verwendbar war. Die Spülflüssigkeit war im Labor der Apotheke eines anderen Krankenhauses, des Århus Kommunehospital (Kreis Krankenhaus Århus) hergestellt und im Krankenhaus Skejby für ihre Verwendung vorbereitet worden. Eigentümerin und Betreiberin beider Krankenhäuser ist die Beklagte.
9. Der Kläger verlangte von der Beklagten auf der Grundlage des Lov nr. 371 Schadensersatz. Die Beklagte lehnte mit der Begründung jede Haftung ab, sie habe das Produkt nicht in den Verkehr gebracht; es sei auch nicht zu einem

wirtschaftlichen Zweck hergestellt worden, da die beiden betroffenen Krankenhäuser ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Der Kläger erhob gegen die Entscheidung, mit der der Schadensersatz abgelehnt wurde, Klage vor dem dänischen Vestre Landsret, die durch Urteil vom 29. September 1997 abgewiesen wurde. Daraufhin legte er Berufung zum Højesteret ein.

10. Das Højesteret hat Zweifel, wie das dänische Recht im Licht der Bestimmungen der Richtlinie auszulegen ist. Es hat daher das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:
 1. Ist Artikel 7 Buchstabe a der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 dahin auszulegen, dass ein fehlerhaftes Produkt nicht in den Verkehr gebracht worden ist, wenn der Hersteller es im Rahmen einer konkreten medizinischen Dienstleistung herstellt und auf ein menschliches Organ anwendet, das zum Schadenszeitpunkt dem Körper eines Spenders entnommen war und zur Transplantation in den Körper einer anderen Person vorbereitet wurde, wobei das Organ beschädigt wurde?
 2. Ist Artikel 7 Buchstabe c der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 dahin auszulegen, dass ein in öffentlichem Eigentum stehendes Krankenhaus nach der Richtlinie nicht für Produkte haftet, die es im Rahmen einer konkreten öffentlich finanzierten Dienstleistung hergestellt und angewandt hat, die der Hersteller dem Geschädigten unentgeltlich erbracht hat?
 3. Stellt das Gemeinschaftsrecht Voraussetzungen für die Definition der in Artikel 9 der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 verwendeten Begriffe durch Tod und Körperverletzungen verursachte[r] Schaden und Beschädigung oder Zerstörung einer anderen Sache auf, oder kann jeder Mitgliedstaat frei entscheiden, was darunter zu verstehen ist?
 4. Ist Artikel 9 Buchstabe a der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 dahin auszulegen, dass die Beschädigung eines menschlichen Organs, das zum Schadenszeitpunkt dem Körper eines Spenders entnommen worden war, um unmittelbar danach in den Körper einer bestimmten anderen Person transplantiert zu werden, im Hinblick auf den Empfänger des Organs unter den Begriff durch Tod und Körperverletzungen verursachte[r] Schaden fällt?
 5. Ist Artikel 9 Buchstabe b der Richtlinie 85/374/EWG des Rates vom 25. Juli 1985 dahin auszulegen, dass die Beschädigung eines menschlichen Organs, das zum Schadenszeitpunkt dem Körper eines Spenders entnommen worden war, um unmittelbar danach in den Körper einer bestimmten anderen Person transplantiert zu werden, im Hinblick auf den Empfänger des Organs unter den Begriff Beschädigung oder Zerstörung einer anderen Sache fällt?

Zur ersten Frage

11. Die erste Frage des vorlegenden Gerichts geht dahin, ob ein fehlerhaftes Produkt im Sinne des Artikels 7 Buchstabe a der Richtlinie nicht in den Verkehr gebracht worden ist, wenn der Hersteller es im Rahmen einer konkreten medizinischen Dienstleistung hergestellt und angewendet hat, die in der Vorbereitung eines menschlichen Organs für die Transplantation besteht, und der Schaden im Zuge dieser Vorbereitung eingetreten ist.
12. Die Beklagte und die dänische Regierung haben vorgetragen, die Benutzung eines Produkts im Rahmen einer Dienstleistung falle grundsätzlich nicht unter die Richtlinie, solange der Gemeinschaftsgesetzgeber keine Vorschriften über Dienstleistungen erlassen habe. Im Ausgangsverfahren geht es jedoch um die Fehlerhaftigkeit eines im Rahmen einer Dienstleistung verwendeten Produkts und nicht um die Fehlerhaftigkeit der Dienstleistung selbst.
13. Die Beklagte führt aus, in einer Situation wie der des Ausgangsverfahrens liege kein Inverkehrbringen eines Produkts im Sinne des Artikels 7 Buchstabe a der Richtlinie vor. Denn hier habe der Patient das Produkt nicht bewusst gekauft; dieses Produkt, das zur rein internen Verwendung durch den Hersteller selbst bestimmt gewesen sei, habe diese Herrschaftssphäre, die aus dem Krankenhaus, der Apotheke und den behandelnden Ärzten bestehe, nicht verlassen.
14. Die Richtlinie definiert den Begriff Inverkehrbringen nicht. Dieser ist somit unter Berücksichtigung der Zielsetzung der Richtlinie und des mit ihr verfolgten Zwecks auszulegen.
15. Artikel 1 der Richtlinie stellt, wenn man ihn im Zusammenhang mit der zweiten Begründungserwägung der Richtlinie liest, den Grundsatz der verschuldensunabhängigen Haftung des Herstellers für Fehler seines Produkts auf, wenn dieses einen Schaden verursacht. Der Hersteller ist jedoch nach Artikel 7 der Richtlinie unter bestimmten Voraussetzungen, die dort abschließend aufgeführt sind und deren Vorliegen er beweisen muss, von der Haftung befreit. Daher sind solche Voraussetzungen nach ständiger Rechtsprechung eng auszulegen.
16. Wie der Kläger, die österreichische Regierung, die französische Regierung, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Kommission zutreffend ausgeführt haben, betrifft die in Artikel 7 Buchstabe a der Richtlinie vorgesehene Haftungsbefreiung wegen mangelnden Inverkehrbringens des Produkts zunächst den Fall, dass eine andere Person als der Hersteller das Produkt aus dem Herstellungsprozess herausnimmt. Außerdem ist, wie die beiden erstgenannten Regierungen und die Kommission hervorgehoben haben, vom Geltungsbereich der Richtlinie die Verwendung des Produkts gegen den Willen des Herstellers ausgenommen, etwa wenn der Herstellungsprozess noch nicht

abgeschlossen ist, das Produkt zu privaten Zwecken benutzt wird oder ähnliche Situationen gegeben sind. Aus den Akten ergibt sich jedoch nicht, dass im Ausgangsverfahren eine derartige Situation vorgelegen hätte.

17. Die Beklagte hat vorgetragen, das Produkt sei nicht in den Verkehr gebracht worden, da es die medizinische Herrschaftssphäre nicht verlassen habe, die aus der Apotheke, die es hergestellt habe, und dem Krankenhaus, in dem es benutzt worden sei, bestehe. Diese Umstände sind jedoch nicht maßgeblich, wenn die Verwendung des Produkts wie im Ausgangsverfahren gerade dadurch gekennzeichnet ist, dass sich die Person, für die es bestimmt ist, selbst in diese Herrschaftssphäre begeben muss. Im Fall eines Patienten, der sich ins Krankenhaus begibt, ist es unerheblich, ob das im Rahmen einer medizinischen Behandlung benutzte Produkt im Krankenhaus selbst hergestellt oder von einem Dritten bezogen wird, wie dies – worauf das Vereinigte Königreich hinweist – im vorliegenden Fall hätte geschehen können. Ob ein im Rahmen einer Dienstleistung verwendetes Produkt von einem Dritten, von dem Dienstleistungserbringer selbst oder von einer mit diesem verbundenen Stelle hergestellt wird, kann für sich genommen keine Auswirkungen auf die Tatsache haben, dass es in den Verkehr gebracht wurde.
18. Auf die erste Frage ist somit zu antworten, dass ein fehlerhaftes Produkt im Sinne des Artikels 7 Buchstabe a der Richtlinie in den Verkehr gebracht worden ist, wenn es im Rahmen einer konkreten medizinischen Dienstleistung verwendet wurde, die in der Vorbereitung eines menschlichen Organs für die Transplantation bestand, und der Schaden im Zuge dieser Vorbereitung eingetreten ist.

Zur zweiten Frage

19. Die zweite Frage des vorlegenden Gerichts geht dahin, ob die Haftungsbe freiung nach Artikel 7 Buchstabe c der Richtlinie für Produkte, die der Hersteller nicht zu einem wirtschaftlichen Zweck oder im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit hergestellt hat, eingreift, wenn das fehlerhafte Produkt im Rahmen einer konkreten, vollständig aus öffentlichen Mitteln finanzierten und für den Patienten unentgeltlichen medizinischen Leistung hergestellt und verwendet wurde.
20. Die Beklagte trägt vor, die Finanzierung der medizinischen Versorgung durch die öffentliche Hand, die eine Besonderheit des dänischen Gesundheitswesens sei, und damit das Fehlen einer direkten wirtschaftlichen Beziehung zwischen dem Krankenhaus und dem Patienten habe zur Folge, dass ein Krankenhaus, das ein fehlerhaftes Produkt herstelle, weder zu einem wirtschaftlichen Zweck noch im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit im Sinne des Artikels 7 Buchstabe c der Richtlinie handele. Die dänische und die irische Regierung

fügen hinzu, die Anwendung der in der Richtlinie enthaltenen Haftungsregelung auf die öffentlichen Krankenhäuser hätte katastrophale Folgen für die Gesamtstruktur der Gesundheitssysteme, die dadurch gegenüber privaten Systemen diskriminiert würden.

21. An der wirtschaftlichen und beruflichen Natur der Herstellung von Produkten, die für eine konkrete medizinische Leistung hergestellt werden, ändert es jedoch nichts, dass sie nicht direkt vom Patienten bezahlt, sondern von der öffentlichen Hand aus Steuermitteln finanziert werden. Es handelt sich nämlich nicht um eine unbezahlte Tätigkeit, die als solche unter die Haftungsbefreiung des Artikels 7 Buchstabe c der Richtlinie fallen könnte. Die Beklagte hat in der mündlichen Verhandlung selbst eingeräumt, dass ein privates Krankenhaus bei gleicher Sachlage ohne jeden Zweifel nach den Vorschriften der Richtlinie für die Fehlerhaftigkeit des Produkts haften würde.
22. Folglich ist auf die zweite Frage zu antworten, dass die Haftungsbefreiung nach Artikel 7 Buchstabe c der Richtlinie wegen Fehlens einer Tätigkeit mit wirtschaftlichem Zweck oder einer beruflichen Tätigkeit nicht eingreift, wenn das fehlerhafte Produkt im Rahmen einer konkreten, vollständig aus öffentlichen Mitteln finanzierten und für den Patienten unentgeltlichen medizinischen Leistung hergestellt und verwendet wurde.

Zur dritten Frage

23. Die dritte Frage des vorlegenden Gerichts geht dahin, ob das Gemeinschaftsrecht Voraussetzungen für die Definition der in Artikel 9 der Richtlinie verwendeten Begriffe durch Tod und Körperverletzung verursachte[r] Schaden und Beschädigung oder Zerstörung einer anderen Sache im Recht der Mitgliedstaaten aufstellt.
24. Der Kläger, die irische Regierung, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Kommission sind der Auffassung, dass diese Begriffe im Interesse einer einheitlichen Anwendung in der gesamten Gemeinschaft gemeinschaftsrechtlich definiert werden müssten. Die Beklagte macht dagegen geltend, es sei Sache der Mitgliedstaaten, die Bedeutung dieser Begriffe klarzustellen.
25. Anders als die Begriffe Produkt, Hersteller und fehlerhaftes Produkt, für die die Richtlinie in den Artikeln 2, 3 und 6 Definitionen enthält, wird der Begriff Schaden in der Richtlinie nicht definiert. Weder Artikel 9 noch Artikel 1 der Richtlinie, auf den Artikel 9 verweist, enthalten eine ausdrückliche Definition des Schadensbegriffs.
26. Aus Artikel 9 der Richtlinie folgt jedoch, dass der Schadensbegriff sowohl den durch Tod oder Körperverletzungen verursachten Schaden als auch die Beschädigung oder Zerstörung einer Sache umfassen muss. Im letzteren Fall

muss der Schaden mehr als 500 EUR betragen; auch muss die beschädigte Sache von einer Art sein, wie sie gewöhnlich für den privaten Ge- oder Verbrauch bestimmt ist, und vom Geschädigten entsprechend verwendet worden sein.

27. Zwar bleibt es dem nationalen Gesetzgeber überlassen, diese beiden Schadensarten genauer zu definieren. Abgesehen vom immateriellen Schaden, dessen Ersatz sich ausschließlich nach dem Recht der Mitgliedstaaten richtet, muss jedoch für beide Schadensarten eine angemessene und vollständige Entschädigung der durch ein fehlerhaftes Produkt Geschädigten sichergestellt werden. Denn zum einen darf die Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften die praktische Wirksamkeit der Richtlinie nicht beeinträchtigen (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 15. Mai 1990 in der Rechtssache C-365/88, *Hagen*, Slg. 1990, I-1845, Randnr. 20), und zum anderen muss das innerstaatliche Gericht das nationale Recht im Licht des Wortlauts und des Zweckes der Richtlinie auslegen (vgl. u. a. Urteil vom 10. April 1984 in der Rechtssache 14/83, *Von Colson und Kamann*, Slg. 1984, 1891, Randnr. 26).
28. Somit darf ein Mitgliedstaat die Arten des zu ersetzenden materiellen Schadens, der durch Tod oder Körperverletzungen verursacht wird oder sich aus der Beschädigung oder Zerstörung einer Sache ergibt, nicht einschränken.
29. Auf die dritte Frage ist deshalb zu antworten, dass Artikel 9 der Richtlinie dahin auszulegen ist, dass ein Mitgliedstaat, abgesehen vom immateriellen Schaden, dessen Ersatz sich ausschließlich nach dem Recht der Mitgliedstaaten richtet, und von den Ausnahmen, die diese Vorschrift hinsichtlich der Sachschäden vorsieht, die Arten des zu ersetzenden materiellen Schadens, der durch Tod oder Körperverletzungen verursacht wird oder sich aus der Beschädigung oder Zerstörung einer Sache ergibt, nicht einschränken darf.

Zur vierten und fünften Frage

30. Mit seiner vierten und seiner fünften Frage ersucht das vorlegende Gericht um Erläuterungen zur Anwendung des Schadensbegriffs auf den Sachverhalt des Ausgangsverfahrens.
31. Der Gerichtshof ist im Verfahren nach Artikel 234 EG nicht befugt, die Normen des Gemeinschaftsrechts auf einen Einzelfall anzuwenden, sondern kann sich nur zur Auslegung des EG-Vertrags und der Rechtsakte der Gemeinschaftsorgane äußern (vgl. u.a. Urteil vom 22. Oktober 1998 in den Rechtssachen C-9/97 und C-118/97, *Jokela und Pitkäranta*, Slg. 1998, I-6267, Randnr. 30).
32. Von den Richtlinienbestimmungen, deren Auslegung Sache des Gerichtshofes ist, sieht Artikel 1 der Richtlinie vor, dass der Hersteller eines Produkts für den Schaden haftet, der durch einen Fehler dieses Produkts verursacht wor-

den ist. In Artikel 9 werden die verschiedenen unter die Richtlinie fallenden Schadensarten aufgeführt, nämlich der durch Tod oder Körperverletzung verursachte Schaden und die Beschädigung und Zerstörung einer anderen Sache als des fehlerhaften Produkts; zugleich bleibt es den Mitgliedstaaten überlassen, im innerstaatlichen Recht Ersatz für den immateriellen Schaden vorzusehen. Die Artikel 1 und 9 führen somit die möglichen Schadensarten abschließend auf.

33. Daraus ergibt sich, dass das innerstaatliche Gericht nach der Richtlinie zu prüfen hat, unter welche Schadensart der Sachverhalt des Ausgangsverfahrens zu subsumieren ist, d.h., ob der entstandene Schaden unter Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a oder Buchstabe b der Richtlinie fällt, oder ob es sich um einen immateriellen Schaden handelt, der möglicherweise vom innerstaatlichen Recht erfasst wird. Es kann jedoch nicht jede Schadensersatzpflicht aufgrund der Richtlinie mit der Begründung verneinen, dass, obwohl die übrigen Haftungsvoraussetzungen erfüllt sind, der entstandene Schaden unter keine der genannten Schadensarten fällt.

2. „Small Business Liability Reform Act”

107TH CONGRESS, 1ST SESSION, S. 865

To provide small businesses certain protections from litigation excesses and to limit the product liability of nonmanufacturer product sellers.

IN THE SENATE OF THE UNITED STATES

MAY 10, 2001

Mr. *McConnell* (for himself and Mr. *Lieberman*) introduced the following bill; which was read twice and referred to the Committee on the Judiciary

A BILL

To provide small businesses certain protections from litigation excesses and to limit the product liability of nonmanufacturer product sellers.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled,

SECTION 1. SHORT TITLE; TABLE OF CONTENTS.

(a) SHORT TITLE – This Act may be cited as the ‘Small Business Liability Reform Act of 2001’.

(b) TABLE OF CONTENTS – The table of contents for this Act is as follows:

Sec. 1. Short title; table of contents.

Title I – Small Business Lawsuit Abuse Protection

Sec. 101. Findings.

Sec. 102. Definitions.

Sec. 103. Limitation on punitive damages for small businesses.

Sec. 104. Limitation on joint and several liability for noneconomic loss for small businesses.

Sec. 105. Exceptions to limitations on liability.

Sec. 106. Preemption and election of State nonapplicability.

Title II – Product Seller Fair Treatment

Sec. 201. Findings; purposes.

Sec. 202. Definitions.

Sec. 203. Applicability; preemption.

Sec. 204. Liability rules applicable to product sellers, renters, and lessors.

Sec. 205. Federal cause of action precluded.

Title III – Effective Date

Sec. 301. Effective date.

TITLE I – SMALL BUSINESS LAWSUIT ABUSE PROTECTION

SECTION 101. FINDINGS.

Congress finds that

- (1) the United States civil justice system is inefficient, unpredictable, unfair, costly, and impedes competitiveness in the marketplace for goods, services, business, and employees;
- (2) the defects in the United States civil justice system have a direct and undesirable effect on interstate commerce by decreasing the availability of goods and services in commerce;
- (3) there is a need to restore rationality, certainty, and fairness to the legal system;
- (4) the spiralling costs of litigation and the magnitude and unpredictability of punitive damage awards and noneconomic damage awards have continued unabated for at least the past 30 years;
- (5) the Supreme Court of the United States has recognized that a punitive damage award can be unconstitutional if the award is grossly excessive in relation to the legitimate interest of the government in the punishment and deterrence of unlawful conduct;
- (6) just as punitive damage awards can be grossly excessive, so can it be grossly excessive in some circumstances for a party to be held responsible under the doctrine of joint and several liability for damages that party did not cause;
- (7) as a result of joint and several liability, entities including small businesses are often brought into litigation despite the fact that their conduct may have little or nothing to do with the accident or transaction giving rise to the lawsuit, and may

therefore face increased and unjust costs due to the possibility or result of unfair and disproportionate damage awards;

(8) the costs imposed by the civil justice system on small businesses are particularly acute, since small businesses often lack the resources to bear those costs and to challenge unwarranted lawsuits;

(9) due to high liability costs and unwarranted litigation costs, small businesses face higher costs in purchasing insurance through interstate insurance markets to cover their activities;

(10) liability reform for small businesses will promote the free flow of goods and services, lessen burdens on interstate commerce, and decrease litigiousness; and

(11) legislation to address these concerns is an appropriate exercise of the powers of Congress under clauses 3, 9, and 18 of section 8 of article I of the Constitution of the United States, and the 14th amendment to the Constitution of the United States.

SECTION 102. DEFINITIONS.

In this title:

(1) **CRIME OF VIOLENCE** – The term ‘crime of violence’ has the same meaning as in section 16 of title 18, United States Code.

(2) **DRUG** – The term ‘drug’ means any controlled substance (as defined in section 102 of the Controlled Substances Act (21 U.S.C. 802)) that was not legally prescribed for use by the defendant or that was taken by the defendant other than in accordance with the terms of a lawfully issued prescription.

(3) **ECONOMIC LOSS** – The term ‘economic loss’ means any pecuniary loss resulting from harm (including the loss of earnings or other benefits related to employment, medical expense loss, replacement services loss, loss due to death, burial costs, and loss of business or employment opportunities) to the extent recovery for such loss is allowed under applicable State law.

(4) **HARM** – The term ‘harm’ means any physical injury, illness, disease, or death or damage to property.

(5) **HATE CRIME** – The term ‘hate crime’ means a crime described under section 1(b) of the Hate Crime Statistics Act (28 U.S.C. 534 note).

(6) **INTERNATIONAL TERRORISM** – The term ‘international terrorism’ has the same meaning as in section 2331 of title 18, United States Code.

(7) **NONECONOMIC LOSS** – The term ‘noneconomic loss’ means loss for physical or emotional pain, suffering, inconvenience, physical impairment, mental

anguish, disfigurement, loss of enjoyment of life, loss of society and companionship, loss of consortium (other than loss of domestic service), injury to reputation, or any other nonpecuniary loss of any kind or nature.

(8) PERSON – The term ‘person’ means any individual, corporation, company, association, firm, partnership, society, joint stock company, or any other entity (including any governmental entity).

(9) PUNITIVE DAMAGES – The term ‘punitive damages’ means damages awarded against any person or entity to punish or deter such person, entity, or others from engaging in similar behavior in the future. Such term does not include any civil penalties, fines, or treble damages that are assessed or enforced by an agency of State or Federal government pursuant to a State or Federal statute.

(10) SMALL BUSINESS –

(A) IN GENERAL – The term ‘small business’ means any unincorporated business, or any partnership, corporation, association, unit of local government, or organization that has fewer than 25 full-time employees as determined on the date the civil action involving the small business is filed.

(B) CALCULATION OF NUMBER OF EMPLOYEES – For purposes of subparagraph (A), the number of employees of a subsidiary of a wholly owned corporation includes the employees of –

(i) a parent corporation; and

(ii) any other subsidiary corporation of that parent corporation.

(11) STATE – The term ‘state’ means each of the several States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, Guam, American Samoa, the Northern Mariana Islands, any other territory or possession of the United States, or any political subdivision of any such State, commonwealth, territory, or possession.

SECTION 103. LIMITATION ON PUNITIVE DAMAGES FOR SMALL BUSINESSES.

(a) GENERAL RULE – Except as provided in section 105, in any civil action against a small business, punitive damages may, to the extent permitted by applicable Federal or State law, be awarded against the small business only if the claimant establishes by clear and convincing evidence that conduct carried out by that defendant with a conscious, flagrant indifference to the rights or safety of others was the proximate cause of the harm that is the subject of the action.

(b) LIMITATION ON AMOUNT – In any civil action against a small business, punitive damages awarded against a small business shall not exceed the lesser of –

(1) three times the total amount awarded to the claimant for economic and noneconomic losses; or

(2) \$250,000,

except that the court may make this subsection inapplicable if the court finds that the plaintiff established by clear and convincing evidence that the defendant acted with specific intent to cause the type of harm for which the action was brought.

(c) APPLICATION BY THE COURT – The limitation prescribed by this section shall be applied by the court and shall not be disclosed to the jury.

SECTION 104. LIMITATION ON JOINT AND SEVERAL LIABILITY FOR NONECONOMIC LOSS FOR SMALL BUSINESSES.

(a) GENERAL RULE – Except as provided in section 105, in any civil action against a small business, the liability of each defendant that is a small business, or the agent of a small business, for noneconomic loss shall be determined in accordance with subsection (b).

(b) AMOUNT OF LIABILITY –

(1) IN GENERAL – In any civil action described in subsection (a) –

(A) each defendant described in that subsection shall be liable only for the amount of noneconomic loss allocated to that defendant in direct proportion to the percentage of responsibility of that defendant (determined in accordance with paragraph (2)) for the harm to the claimant with respect to which that defendant is liable; and

(B) the court shall render a separate judgment against each defendant described in that subsection in an amount determined under subparagraph (A).

(2) PERCENTAGE OF RESPONSIBILITY – For purposes of determining the amount of noneconomic loss allocated to a defendant under this section, the trier of fact shall determine the percentage of responsibility of each person responsible for the harm to the claimant, regardless of whether or not the person is a party to the action.

SECTION 105. EXCEPTIONS TO LIMITATIONS ON LIABILITY.

The limitations on liability under sections 103 and 104 do not apply –

(1) to any defendant whose misconduct –

(A) constitutes –

- (i) a crime of violence;
 - (ii) an act of international terrorism; or
 - (iii) a hate crime;
 - (B) results in liability for damages relating to the injury to, destruction of, loss of, or loss of use of, natural resources described in –
 - (i) section 1002(b)(2)(A) of the Oil Pollution Act of 1990 (33 U.S.C. 2702(b)(2)(A)); or
 - (ii) section 107(a)(4)(C) of the Comprehensive Environmental Response, Compensation, and Liability Act of 1980 (42 U.S.C. 9607(a)(4)(C));
 - (C) involves –
 - (i) a sexual offense, as defined by applicable State law; or
 - (ii) a violation of a Federal or State civil rights law; or
 - (D) occurred at the time the defendant was under the influence (as determined under applicable State law) of intoxicating alcohol or a drug, and the fact that the defendant was under the influence was the cause of any harm alleged by the plaintiff in the subject action; or
- (2) to any cause of action which is brought under the provisions of title 31, United States Code, relating to false claims (31 U.S.C. 3729 through 3733) or to any other cause of action brought by the United States relating to fraud or false statements.

SECTION 106. PREEMPTION AND ELECTION OF STATE NONAPPLICABILITY.

- (a) PREEMPTION – Subject to subsection (b), this title preempts the laws of any State to the extent that State laws are inconsistent with this title.
- (b) ELECTION OF STATE REGARDING NONAPPLICABILITY – This title does not apply to any action in a State court against a small business in which all parties are citizens of the State, if the State enacts a statute –
- (1) citing the authority of this subsection;
 - (2) declaring the election of such State that this title does not apply as of a date certain to such actions in the State; and
 - (3) containing no other provision.

TITLE II - PRODUCT SELLER FAIR TREATMENT

SECTION 201. FINDINGS; PURPOSES.

(a) FINDINGS - Congress finds that -

- (1) although damage awards in product liability actions may encourage the production of safer products, they may also have a direct effect on interstate commerce and consumers of the United States by increasing the cost of, and decreasing the availability of, products;
- (2) some of the rules of law governing product liability actions are inconsistent within and among the States, resulting in differences in State laws that may be inequitable with respect to plaintiffs and defendants and may impose burdens on interstate commerce;
- (3) product liability awards may jeopardize the financial well-being of individuals and industries, particularly the small businesses of the United States;
- (4) because the product liability laws of a State may have adverse effects on consumers and businesses in many other States, it is appropriate for the Federal Government to enact national, uniform product liability laws that preempt State laws; and
- (5) under clause 3 of section 8 of article I of the United States Constitution, it is the constitutional role of the Federal Government to remove barriers to interstate commerce.

(b) PURPOSES - The purposes of this title, based on the powers of the United States under clause 3 of section 8 of article I of the United States Constitution, are to promote the free flow of goods and services and lessen the burdens on interstate commerce, by

- (1) establishing certain uniform legal principles of product liability that provide a fair balance among the interests of all parties in the chain of production, distribution, and use of products; and
- (2) reducing the unacceptable costs and delays in product liability actions caused by excessive litigation that harms both plaintiffs and defendants.

SECTION 202. DEFINITIONS.

In this title:

- (1) **ALCOHOL PRODUCT** - The term 'alcohol product' includes any product that contains not less than 1/2 of 1 percent of alcohol by volume and is intended for human consumption.

(2) CLAIMANT – The term ‘claimant’ means any person who brings an action covered by this title and any person on whose behalf such an action is brought. If such an action is brought through or on behalf of an estate, the term includes the claimant’s decedent. If such an action is brought through or on behalf of a minor or incompetent, the term includes the claimant’s legal guardian.

(3) COMMERCIAL LOSS – The term ‘commercial loss’ means –

(A) any loss or damage solely to a product itself;

(B) loss relating to a dispute over the value of a product; or

(C) consequential economic loss, the recovery of which is governed by applicable State commercial or contract laws that are similar to the Uniform Commercial Code.

(4) COMPENSATORY DAMAGES – The term ‘compensatory damages’ means damages awarded for economic and noneconomic losses.

(5) DRAM-SHOP – The term ‘dram-shop’ means a drinking establishment where alcoholic beverages are sold to be consumed on the premises.

(6) ECONOMIC LOSS – The term ‘economic loss’ means any pecuniary loss resulting from harm (including the loss of earnings or other benefits related to employment, medical expense loss, replacement services loss, loss due to death, burial costs, and loss of business or employment opportunities) to the extent recovery for that loss is allowed under applicable State law.

(7) HARM – The term ‘harm’ means any physical injury, illness, disease, or death or damage to property caused by a product. The term does not include commercial loss.

(8) MANUFACTURER – The term ‘manufacturer’ means –

(A) any person who –

(i) is engaged in a business to produce, create, make, or construct any product (or component part of a product); and

(ii)(I) designs or formulates the product (or component part of the product);
or

(II) has engaged another person to design or formulate the product (or component part of the product);

(B) a product seller, but only with respect to those aspects of a product (or component part of a product) that are created or affected when, before placing the product in the stream of commerce, the product seller –

(i) produces, creates, makes, constructs and designs, or formulates an aspect of the product (or component part of the product) made by another person; or

(ii) has engaged another person to design or formulate an aspect of the product (or component part of the product) made by another person; or

(C) any product seller not described in subparagraph (B) that holds itself out as a manufacturer to the user of the product.

(9) NONECONOMIC LOSS – The term ‘noneconomic loss’ means loss for physical or emotional pain, suffering, inconvenience, physical impairment, mental anguish, disfigurement, loss of enjoyment of life, loss of society and companionship, loss of consortium (other than loss of domestic service), injury to reputation, or any other nonpecuniary loss of any kind or nature.

(10) PERSON – The term ‘person’ means any individual, corporation, company, association, firm, partnership, society, joint stock company, or any other entity (including any governmental entity).

(11) PRODUCT –

(A) IN GENERAL – The term ‘product’ means any object, substance, mixture, or raw material in a gaseous, liquid, or solid state that –

(i) is capable of delivery itself or as an assembled whole, in a mixed or combined state, or as a component part or ingredient;

(ii) is produced for introduction into trade or commerce;

(iii) has intrinsic economic value; and

(iv) is intended for sale or lease to persons for commercial or personal use.

(B) EXCLUSION – The term ‘product’ does not include –

(i) tissue, organs, blood, and blood products used for therapeutic or medical purposes, except to the extent that such tissue, organs, blood, and blood products (or the provision thereof) are subject, under applicable State law, to a standard of liability other than negligence; or

(ii) electricity, water delivered by a utility, natural gas, or steam.

(12) PRODUCT LIABILITY ACTION –

(A) GENERAL RULE – Except as provided in subparagraph (B), the term ‘product liability action’ means a civil action brought on any theory for a claim for any physical injury, illness, disease, death, or damage to property that is caused by a product.

(B) The following claims are not included in the term ‘product liability action’:

(I) NEGLIGENCE ENTRUSTMENT – A claim for negligent entrustment.

(II) NEGLIGENCE PER SE – A claim brought under a theory of negligence per se.

(III) DRAM-SHOP – A claim brought under a theory of dram-shop or third-party liability arising out of the sale or providing of an alcoholic product to an intoxicated person or minor.

(13) PRODUCT SELLER –

(A) IN GENERAL – The term ‘product seller’ means a person who in the course of a business conducted for that purpose –

(i) sells, distributes, rents, leases, prepares, blends, packages, labels, or otherwise is involved in placing a product in the stream of commerce; or

(ii) installs, repairs, refurbishes, reconditions, or maintains the harm-causing aspect of the product.

(B) EXCLUSION – The term ‘product seller’ does not include –

(i) a seller or lessor of real property;

(ii) a provider of professional services in any case in which the sale or use of a product is incidental to the transaction and the essence of the transaction is the furnishing of judgment, skill, or services; or

(iii) any person who –

(I) acts in only a financial capacity with respect to the sale of a product; or

(II) leases a product under a lease arrangement in which the lessor does not initially select the leased product and does not during the lease term ordinarily control the daily operations and maintenance of the product.

(14) STATE – The term ‘State’ means each of the several States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the Virgin Islands, Guam, American Samoa, the Northern Mariana Islands, any other territory or possession of the United States, or any political subdivision of any such State, commonwealth, territory, or possession.

SECTION 203. APPLICABILITY; PREEMPTION.

(a) APPLICABILITY –

(1) IN GENERAL – Except as provided in paragraph (2), this title governs any product liability action brought in any Federal or State court.

(2) ACTIONS FOR COMMERCIAL LOSS – A civil action brought for commercial loss shall be governed only by applicable State commercial or contract laws that are similar to the Uniform Commercial Code.

(b) RELATIONSHIP TO STATE LAW – This title supersedes a State law only to the extent that the State law applies to an issue covered by this title. Any issue that is not governed by this title, including any standard of liability applicable to a manufacturer, shall be governed by any applicable Federal or State law.

(c) EFFECT ON OTHER LAW – Nothing in this title shall be construed to –

(1) waive or affect any defense of sovereign immunity asserted by any State under any State law;

(2) supersede or alter any Federal law;

(3) waive or affect any defense of sovereign immunity asserted by the United States;

(4) affect the applicability of any provision of chapter 97 of title 28, United States Code;

(5) preempt State choice-of-law rules with respect to claims brought by a foreign nation or a citizen of a foreign nation;

(6) affect the right of any court to transfer venue or to apply the law of a foreign nation or to dismiss a claim of a foreign nation or of a citizen of a foreign nation on the ground of inconvenient forum; or

(7) supersede or modify any statutory or common law, including any law providing for an action to abate a nuisance, that authorizes a person to institute an action for civil damages or civil penalties, cleanup costs, injunctions, restitution, cost recovery, punitive damages, or any other form of relief, for remediation of the environment (as defined in section 101(8) of the Comprehensive Environmental Response, Compensation, and Liability Act of 1980 (42 U.S.C. 9601(8))).

SECTION 204. LIABILITY RULES APPLICABLE TO PRODUCT SELLERS, RENTERS, AND LESSORS.

(a) GENERAL RULE –

(1) IN GENERAL – In any product liability action covered under this title, a product seller other than a manufacturer shall be liable to a claimant only if the claimant establishes that –

(A)(i) the product that allegedly caused the harm that is the subject of the complaint was sold, rented, or leased by the product seller;

(ii) the product seller failed to exercise reasonable care with respect to the product; and

(iii) the failure to exercise reasonable care was a proximate cause of the harm to the claimant;

(B)(i) the product seller made an express warranty applicable to the product that allegedly caused the harm that is the subject of the complaint, independent of any express warranty made by a manufacturer as to the same product;

(ii) the product failed to conform to the warranty; and

(iii) the failure of the product to conform to the warranty caused the harm to the claimant; or

(C)(i) the product seller engaged in intentional wrongdoing, as determined under applicable State law; and

(ii) the intentional wrongdoing caused the harm that is the subject of the complaint.

(2) REASONABLE OPPORTUNITY FOR INSPECTION – For purposes of paragraph (1)(A)(ii), a product seller shall not be considered to have failed to exercise reasonable care with respect to a product based upon an alleged failure to inspect the product, if –

(A) the failure occurred because there was no reasonable opportunity to inspect the product; or

(B) the inspection, in the exercise of reasonable care, would not have revealed the aspect of the product that allegedly caused the claimant’s harm.

(b) SPECIAL RULE –

(1) IN GENERAL – A product seller shall be deemed to be liable as a manufacturer of a product for harm caused by the product, if –

(A) the manufacturer is not subject to service of process under the laws of any State in which the action may be brought; or

(B) the court determines that the claimant is or would be unable to enforce a judgment against the manufacturer.

(2) STATUTE OF LIMITATIONS – For purposes of this subsection only, the statute of limitations applicable to claims asserting liability of a product seller as a manufacturer shall be tolled from the date of the filing of a complaint against the manufacturer to the date that judgment is entered against the manufacturer.

(c) RENTED OR LEASED PRODUCTS -

(1) DEFINITION - For purposes of paragraph (2), and for determining the applicability of this title to any person subject to that paragraph, the term 'product liability action' means a civil action brought on any theory for harm caused by a product or product use.

(2) LIABILITY - Notwithstanding any other provision of law, any person engaged in the business of renting or leasing a product (other than a person excluded from the definition of product seller under section 202(13)(B)) shall be subject to liability in a product liability action under subsection (a), but any person engaged in the business of renting or leasing a product shall not be liable to a claimant for the tortious act of another solely by reason of ownership of that product.

SECTION 205. FEDERAL CAUSE OF ACTION PRECLUDED.

The district courts of the United States shall not have jurisdiction under this title based on section 1331 or 1337 of title 28, United States Code.

TITLE III - EFFECTIVE DATE

SECTION 301. EFFECTIVE DATE.

This Act shall take effect with respect to any civil action commenced after the date of the enactment of this Act without regard to whether the harm that is the subject of the action occurred before such date.

3. „Workplace Goods Job Growth And Competitiveness Act of 2001”

(Introduced In The House)

HR 940 IH

107TH CONGRESS, 1ST SESSION, H.R. 940

To establish a statute of repose for durable goods used in a trade or business.

IN THE HOUSE OF REPRESENTATIVES

MARCH 8, 2001

Mr. Chabot (for himself, Ms. Kaptur, Mr. Gekas, and Mr. Shimkus) introduced the following bill; which was referred to the Committee on the Judiciary

A BILL

To establish a statute of repose for durable goods used in a trade or business.

Be it enacted by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled,

SECTION 1. SHORT TITLE.

This Act may be cited as the “Workplace Goods Job Growth and Competitiveness Act of 2001”.

SECTION 2. STATUTE OF REPOSE FOR DURABLE GOODS USED IN A TRADE OR BUSINESS.

(a) IN GENERAL – Except as otherwise provided in this Act –

(1) no civil action may be filed against the manufacturer or seller of a durable good for damage to property arising out of an accident involving that durable good if the accident occurred more than 18 years after the date on which the durable good was delivered to its first purchaser or lessee; and

(2) no civil action may be filed against the manufacturer or seller of a durable good for damages for death or personal injury arising out of an accident involving that durable good if the accident occurred more than 18 years after

the date on which the durable good was delivered to its first purchaser or lessee and if –

(A) the claimant has received or is eligible to receive worker compensation; and

(B) the injury does not involve a toxic harm (including, but not limited to, any asbestos-related harm).

(b) EXCEPTIONS –

(1) IN GENERAL – A motor vehicle, vessel, aircraft, or train, that is used primarily to transport passengers for hire shall not be subject to this Act.

(2) CERTAIN EXPRESS WARRANTIES – This Act does not bar a civil action against a defendant who made an express warranty in writing as to the safety or life expectancy of a specific product which was longer than 18 years, except that this Act shall apply at the expiration of that warranty.

(3) AVIATION LIMITATIONS PERIOD – This Act does not affect the limitations period established by the General Aviation Revitalization Act of 1994 (49 U.S.C. 40101 note).

(4) ACTIONS INVOLVING THE ENVIRONMENT – Subsection (a)(1) does not supersede or modify any statute or common law that authorizes an action for civil damages, cost recovery, or any other form of relief for remediation of the environment (as defined in section 101(8) of the Comprehensive Environmental Response, Compensation, and Liability Act of 1980 (42 U.S.C. 9601(8))).

(c) EFFECT ON STATE LAW; PREEMPTION – Subject to subsection (b), this Act preempts and supersedes any State law that establishes a statute of repose to the extent such law applies to actions covered by this Act . Any action not specifically covered by this Act shall be governed by applicable State law.

(d) TRANSITIONAL PROVISION RELATING TO EXTENSION OF REPOSE PERIOD –To the extent that this Act shortens the period during which a civil action could be otherwise brought pursuant to another provision of law, the claimant may, notwithstanding this Act , bring the action not later than 1 year after the date of the enactment of this Act.

SECTION 3. DEFINITIONS.

In this Act :

(1) CLAIMANT – The term ‘claimant’ means any person who brings an action covered by this Act and any person on whose behalf such an action is brought. If such an action is brought through or on behalf of an estate, the term includes the

claimant's decedent. If such an action is brought through or on behalf of a minor or incompetent, the term includes the claimant's legal guardian.

(2) DURABLE GOOD – The term 'durable good' means any product, or any component of any such product, which –

(A)(i) has a normal life expectancy of 3 or more years; or

(ii) is of a character subject to allowance for depreciation under the Internal Revenue Code of 1986; and

(B) is –

(i) used in a trade or business;

(ii) held for the production of income; or

(iii) sold or donated to a governmental or private entity for the production of goods, training, demonstration, or any other similar purpose.

(3) STATE – The term 'State' means any State of the United States, the District of Columbia, the Commonwealth of Puerto Rico, the Northern Mariana Islands, the Virgin Islands, Guam, American Samoa, any other territory or possession of the United States, and any political subdivision of any of the foregoing.

SECTION 4. EFFECTIVE DATE; APPLICATION OF ACT.

(a) EFFECTIVE DATE – Except as provided in subsection (b), this Act shall take effect on the date of the enactment of this Act without regard to whether the damage to property or death or personal injury at issue occurred before such date of enactment.

(b) APPLICATION OF ACT – This Act shall not apply with respect to civil actions commenced before the date of the enactment of this Act.

4. Schriftenverzeichnis von Hans Claudius Taschner (bis 1981 unter dem Namen Hans Claudius Ficker)

I. Monographien

Die Schadensersatzpflicht des Verkäufers und seiner Vormänner bei Sachmängeln in der französischen Rechtsprechung, Frankfurt/Main 1962 (Dissertation)

Schengen – Die Übereinkommen zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen von EU-Staaten, Baden-Baden 1997

II. Kommentare

Kommentierungen zu Art. 3 h) und Art. 100 in: von der Groeben/Thiesing/Ehlermann (Hrsg.), Kommentar zum EU/EG-Vertrag, 3., 4. und 5. Auflage („Art. 100“, S. 2/2193 bis 2/2234), letztere Baden-Baden 1999

Produkthaftung – Richtlinie des Rates vom 25. Juli 1985 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Haftung für fehlerhafte Produkte (85/374/EWG), München 1986, in 2. Auflage, Taschner/Frietsch, Produkthaftungsgesetz und EG-Produkthaftungsrichtlinie, München 1990

III. Festschrift-Beiträge

Interference with contractual relations und deliktsrechtlicher Schutz der Forderung, in: Festschrift für Hans G. Ficker, Frankfurt 1967, S. 152 bis 184

Die Entwicklung eines ‘federal corporation law’ durch die Rechtsprechung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Ius privatum gentium – Festschrift für Max Rheinstein zum 70. Geburtstag am 5. Juli 1969, Tübingen 1969, Band II, S. 1059 bis 1080

‘Hilfweise geltendes Recht’ für Europäische Aktiengesellschaften? in: Quo vadis, ius societatum? – Liber amicorum Pieter Sanders 21 september 1912-1972, s’Gravenhage 1972, S. 37 bis 48

Zur Angleichung der Gesellschaftsrechte in den erweiterten Europäischen Gemeinschaften, in: Law and International Trade – Recht und Internationaler Handel – Festschrift für Clive M. Schmitthoff zum 70. Geburtstag, Frankfurt 1973, S. 157 bis 170

Die Gefahrtragung im Haager Einheitlichen Kaufgesetz und im Deutschen Schuldrecht, in: Leser-v. Marschall, Das Haager Einheitliche Kaufgesetz und das

Deutsche Schuldrecht – Kolloquium zum 65. Geburtstag von Ernst von Caemmerer, Karlsruhe 1973, S. 131 bis 140

Die europäische Entwicklung zu einem Aufsichtsratssystem für Großgesellschaften, in: Recht und Wirtschaft in Geschichte und Gegenwart – Festschrift für Johannes Bärman zum 70. Geburtstag, München 1975, S. 299 bis 320

Grundprobleme der Produkthaftung, in: Festschrift für Konrad Duden zum 70. Geburtstag, München 1977, S. 93 bis 108

Produkthaftung als Gefährdungshaftung?, in: Festschrift für Ernst von Caemmerer zum 70. Geburtstag, Tübingen 1978, S. 343 bis 358

Bemerkungen zur Rechtsangleichung in der Europäischen Gemeinschaft, in: Liber amicorum B.C.H. Aubin – Festschrift für Bernhard C.H. Aubin zum 65. Geburtstag, Kehl 1979, S. 57 bis 63

Rechtsangleichung in der Bewährung?, in: Rechtsvergleichung, Europarecht und Staatenintegration – Gedächtnisschrift für Léontin-Jean Constantinesco, Köln 1983, S. 765 bis 780

Begrenzung der Gefährdungshaftung durch Haftungshöchstsummen?, in: Zum Deutschen und Internationalen Schuldrecht – Kolloquium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Ernst von Caemmerer, Tübingen 1983, S. 75 bis 88

Mittelbare Rechtsangleichung?, in: Eine Ordnungspolitik für Europa – Festschrift für Hans von der Groeben zu seinem 80. Geburtstag, Baden-Baden 1987, S. 407 bis 424

Zur Fortentwicklung des in der Europäischen Union angeglichenen Privatrechts durch die Gerichte der Mitgliedstaaten, in: Festschrift für Erich Steffen zum 65. Geburtstag am 28. Mai 1995 – Der Schadensersatz und seine Deckung, Berlin 1995, S. 479 bis 488

Anmerkungen zu § 2 »Categories of Product Defect«, Kapitel 1 des »Restatement of the Law Third – Torts: Product Liability (1997)«, in: Festschrift für Erwin Deutsch zum 70. Geburtstag, Köln 1999, S. 373 bis 384

IV. Zeitschriftenartikel, veröffentlichte Vorträge

Die Arbeiten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts, in: NJW 1967, S. 1160 bis 1164

Federal corporations als Vorbild für die Europäische Aktiengesellschaft?, in: Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters 1969, S. 182 bis 183

Zur Zusammenfassung europäischer Unternehmen, in: NJW 1970, S. 1569 bis 1575

The proposed Statute of a European Corporation, in: *The Journal of Business Law* 1971, S. 167 bis 184

Europäische Aktiengesellschaft und internationale Fusion, in: *Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen*, Gütersloh, S. 220 bis 227

Die Übernahme des Gemeinschaftsrechts auf dem Gebiete des Niederlassungsrechts und des freien Dienstleistungsverkehrs, des Öffentlichen Auftragswesens, des Gesellschaftsrechts und des Steuerrechts durch Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen, in: *Europarecht* 1972, S. 124 bis 136

Die Rechtsentwicklung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften und ihre Auswirkungen auf die EFTA-Staaten: in: *Zeitschrift für Rechtsvergleichung* 1973, S. 161 bis 174

The EEC Directives on Company Law Harmonisation, in: *The Harmonisation of European Company Law*, London 1973, S. 66 bis 82, S. 218 bis 220

Company Law within the EEC, in: G.W. Keeton/S.N. Frommel, *British Industry and European Law*, London 1973, S. 23 bis 43

The harmonisation of the right of establishment and the companies laws in the European Communities (zusammen mit U. Bruns-Wüstefeld), *Institut International d'Etude et de Documentaion en matière de Concurrence Commerciale*, Bruxelles 1974, S. 2 bis 40

The contribution of the European Economic Community to the development of international trade law, in: *International Economic and Trade Law – Universal and Regional Integration*, Leyden 1976, S. 93 bis 96

Om harmoniseringen av produktansvarslagstiftningen inom EG, in: *Tidskrift, utgiven av Juridiska Föreningen i Finland*, Helsingfors 1977, S. 250 bis 269

Problèmes fondamentaux de la responsabilité du fait des produits – Effort européen en vue d'une harmonisation des législations, in: *Reflets et perspectives de la vie économique*, 1977, S. 153 bis 162

Europäische Länder mit uneinheitlichem Haftpflichtrecht, in: *Wer haftet für Produkteschäden?*, Zürich 1978, S. 21 bis 27

Liability for Medical Injuries Caused by ADR – From the Society's Point of View, in: *Detection and Prevention of Adverse Drug Reactions*, Stockholm 1983, S. 237 bis 258

Product Liability – Actual Legislation and Law Reform in Europe, in: G. Woodroffe, *Consumer Law in the EEC*, London 1984, S. 113 bis 128

Observations of a Eurocrat, in: *Product Safety in America*, Washington 1984, S. 93 bis 96

- Die künftige Produzentenhaftung in Deutschland, in: NJW 1986, S. 611 bis 616
- La future responsabilité du fait des produits défectueux dans la Communauté Européenne, in: Revue du Marché Commun 1986, S. 257 bis 263
- European Initiatives: The European Communities, in: Comparative Product Liability, edited by C.J. Miller, United Kingdom Comparative Law Series Vol. 6, London 1986, S. 1 bis 14
- La future responsabilité du fait des produits défectueux dans la Communauté Européenne, in: La Semaine Juridique, Paris 1986, Nr. 14761, S. 521 bis 526
- Product Liability in den Vereinigten Staaten versus Europäisches Produkthaftpflichtrecht, in: Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut Nr. 78, Saarbrücken 1986
- Die EG-Richtlinie zur Produzentenhaftung aus der Sicht der EG-Kommission, in: Die EG-Richtlinie zur Produzentenhaftung, Düsseldorf 1986, S. 19 bis 25
- Risque et sécurité – Risque et responsabilité. Principes de la directive européenne du 25 juillet 1985, in: Annales de droit de Liège 1987, S. 290 bis 297
- Det fremtidige produktansvar i EF – Om Radets direktiv af 25 juli 1985 om tilnaermelse af lovgivningerne vedrorende produktansvar, in: Juristen 1987, S. 13 bis 22
- Product Liability in Europe: Futur Prospects, in: EEC Strict Liability in 1992 – The New Product Liability Rules, New York 1988, S. 81 bis 107
- Qualifizierte Mehrheit für Maßnahmen zur Rechtsangleichung, in: Rechtsprobleme der Rechtsangleichung, Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Heinrich Matthies, in: Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut Nr. 137, Saarbrücken 1988, S. 87 bis 100
- Rechtsvergleichung als Vorbereitung der Rechtseinheit Europas, in: Ernst von Caemmerer Gedächtnisstiftung, Vorstellung am 6. März 1989 in Freiburg, Marburg 1989, S. 27 bis 45
- Schengen oder die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der EG, in: Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut Nr. 227, Saarbrücken 1990
- Die Abschaffung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Gemeinschaft und ihre Folgen, in: Das Europa der Bürger in einer Gemeinschaft ohne Binnengrenzen, Baden-Baden 1990, S. 229 bis 235
- Die Produkthaftung, in: Neuere Entwicklungen im Haftpflichtrecht, Kolloquium des Centre d'études juridiques européennes, Genf 1991, S. 307 bis 322

Kulturgüterschutz aus der Sicht des EG-Rechts, in: Internationaler Kulturgüterschutz, Wiener Symposion 18./19. Oktober 1990, Wien 1992, S. 97 bis 102

Der freie Personenverkehr auf dem Binnenmarkt 1992 und Österreich, in: Österreichs Weg in die EG – Beiträge zur europäischen Rechtsentwicklung, Wien 1991, S. 143 bis 161

Die Umsetzung der Produkthaftungsrichtlinie in einzelstaatliches Recht der Mitgliedstaaten der EG und die Reform des Produkthaftungsrechts in den EFTA-Staaten, in: Wirtschaftsrechtliche Blätter, Wien 1991, S. 1 bis 6

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik? – Lösungsansätze für ein internationales Problem – Beitrag zur gleichnamigen Vortragsveranstaltung im Namen der EG-Kommission, Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn 1992, S. 24 bis 32

Free Movement of Students, Retired Persons and other European Citizens, in: H.G. Schermers, Free Movement of Persons in Europe, Den Haag 1993, S. 427 bis 436

Mindestharmonisierung im Verbraucherschutzrecht, in: Mindestharmonisierung im Binnenmarkt – Teil 2, 7. Bonner Symposion, Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht, in: Vorträge und Berichte Nr. 69, Bonn 1996 S. 3 bis 34 und in: Everling/Roth, Mindestharmonisierung im Europäischen Binnenmarkt, Baden-Baden 1997, S. 159 bis 174

Harmonization of Products Liability Law in the European Community, in: Texas International Law Journal – The University of Texas at Austin School of Law 1999, S. 21 bis 44

Privatrechtsentwicklung durch die Europäische Gemeinschaft – Rechtsgrundlagen, Ziele, Sachgebiete, Verfahren, in: P.-Ch. Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1993, S. 155 bis 165, 2. Aufl. 1999, S. 225 bis 235

Droit de vote et d'éligibilité pour les citoyens de l'Union européenne, in: Revue du Marché Unique Européen, 1994, S. 13 bis 23

10 Jahre EG-Richtlinie zur Produkthaftung – Rückblick, Umschau, Ausblick, in: Schriftenreihe deutscher Jura-Studenten in Genf Nr. 15, Genf 1995, S. 1

Richtlinie oder internationale Übereinkommen? Rechtsinstrumente zur Erreichung der Ziele der Europäischen Union, Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht, Vorträge und Berichte Nr. 66, Bonn 1996

Internationale Entwicklung in der Produkthaftung, insbesondere Stand der Umsetzung der EG-Richtlinie zur Produkthaftung, in: PHi 1997, S. 68 bis 76

Environmental Liability and Product Liability in the EU: a Comparison, in: Review of European Community and International Environmental Law 2000, S. 160 bis 164

Produkthaftung: Bilanz, Auslegung und Reform, in: Phi 4/2000, S. 1 bis 7

Company Law, in: Le rôle du droit comparé dans l'avènement du droit européen – The role of comparative Law in the Emergence of European Law, Lausanne, 14-15 avril 2000, Zürich 2002, S. 61 bis 74